

Im Lokalteil

Herrenberg und das Gäu



Die katholische Kirchengemeinde überlegt, ob sie sich von mehreren Gebäuden trennt. Seite 15

Lokales



Jochen Baier und sein Sohn Max führte eine berufliche Freundschaft kürzlich nach Japan. Seite 17

Lokale Kultur



Nadine Ay zeigt in der Tagesstätte „Lichtblick“ ihre farbenfrohen Gemälde. Seite 16

Lokalsport



Am Sonntag gibt es das letzte Fußball-Derby zwischen Mönchberg und Kayh. Seite 23

Börse

Dax	Euro-Stoxx 50	Euro
23806,99 Pkt. - 273,64 Pkt.	5877,21 Pkt. - 36,16 Pkt.	1,1685 Dollar - 0,21 Cent

Wetter



Mittags 14° | Nachts 8°
Bedeckt mit schauerartigem Regen, gewittrig



Der große Adorf

Er gab oft den Zwielfichtigen – Mafioso, Schurke oder Schlawiner, in „Der große Bellheim“ auch mal den Machtmenschen. Trotz dieser Rollen galt der Schauspieler als künstlerisch-moralische Instanz. Nun ist Mario Adorf im Alter von 95 Jahren gestorben.

Neonazi Liebich festgenommen

Monatelang wurde die verurteilte Rechtsextremistin gesucht. Jetzt wurde sie in Tschechien entdeckt.

HALLE. Die flüchtige, bundesweit bekannte Rechtsextremistin Marla Svenja Liebich ist in Tschechien entdeckt und festgenommen worden. Der leitende Oberstaatsanwalt der in Deutschland zuständigen Staatsanwaltschaft Halle in Sachsen-Anhalt, Dennis Cernota, bestätigte die Festnahme auf Grundlage eines europäischen Haftbefehls. Die Staatsanwaltschaft werde nun die Schritte für ein Auslieferungsverfahren einleiten.

Liebich war im Juli 2023 – damals noch als Sven Liebich – vom Amtsgericht Halle wegen Volksverhetzung, übler Nachrede und Beleidigung zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von einem Jahr und sechs Monaten ohne Bewährung verurteilt worden. Die Berufung dagegen scheiterte, ebenso wie später die Revision. AFP

Merz kündigt deutsches Engagement im Iran an

Nach einem möglichen Frieden will sich Deutschland daran beteiligen, die wirtschaftlich bedeutende Meerenge von Hormus abzusichern. Auch eine Erhöhung der Pendlerpauschale ist angeblich im Gespräch.

BERLIN. Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) hat das deutsche Engagement rund um die Waffenruhe im Iran bekräftigt. „Wir wollen das schnelle Ende einer militärischen Eskalation“, betonte Merz in Berlin. Daher stehe Deutschland im engen Austausch mit den USA, werde nun aber auch die Gespräche mit dem Iran wieder aufnehmen. Zudem gebe es eine gemeinsame Erklärung zahlreicher Staatschefs im Sinne einer diplomatischen Friedenslösung.

Wenn ein Friedensschluss mit dem Iran erreicht ist, wird sich Deutschland laut Merz an einer Sicherung der Meerenge von Hormus beteiligen – unter bestimmten Bedingungen. Dies habe er US-Präsident Donald Trump zugesichert, sagte der CDU-Politiker in Berlin. Dafür brauche es aber ein Mandat, am besten des UN-Sicherheitsrats, und ein „tragfähiges Konzept“.

Nötig sei außerdem ein Beschluss des Bundestags auf Basis einer Entscheidung der Bundesregierung, sagte Merz. „Deswegen sind von uns innerhalb weniger Tage hier keine Entscheidungen zu erwarten.“ Trump kenne den deutschen Entscheidungsprozess

„Das sind disruptive Zeiten, die uns viel abverlangen.“

Friedrich Merz (CDU), Bundeskanzler



Foto: dpa/Kay Nietfeld

aus mehreren Gesprächen und respektiere dies, versicherte Merz.

Erstmals seit Kriegsbeginn öffnete sich ein Zeitfenster für eine Verhandlungslösung, so der Kanzler. Die Verhandlungen würden aber sehr anspruchsvoll. „Ein diplomatischer Erfolg ist keineswegs ausgemacht“, mahnte Merz. Eine Destabilisierung der Region spiele im schlimmsten Fall Russland in die Hände. Die Nato dürfe sich nicht spalten: „Dieses Bündnis ist jedenfalls gegenwärtig durch nichts zu ersetzen.“ Mit Blick auf massive Luftschläge Israels gegen den Libanon sagte er: „Die Härte, mit der Israel dort Krieg führt, könnte den Friedensprozess als Ganzes zum Scheitern bringen.“

Unterdessen konkretisieren sich in der Bundesregierung offenbar Pläne für steuerliche Entlastungen. Laut „Bild“-Zeitung zeigte sich Merz offen für eine Erhöhung der Pendlerpauschale von derzeit 38 Cent auf bis zu 45 Cent je Kilometer. Zudem sei er für eine Senkung der Stromsteuer. Diese Überlegungen führten jedoch zu Kritik beim Koalitionspartner SPD.

KNA/dpa/AFP
Kommentar

Kommentar

Beschämende Gleichgültigkeit

Die israelische Armee eskaliert weiter im Libanon. Die Bundesregierung scheut wirkungsvolle Reaktionen.

VON MATTHIAS SCHIERMEYER

Es reicht längst – des jüngsten Blutbads im Libanon mit mehr als 300 Toten hätte es nicht bedurft, um die Frage zu stellen: Wann setzt die westliche Wertegemeinschaft der israelischen Regierung ein Stopp-Zeichen, das von dieser verstanden wird? Speziell die Bundesregierung zeigt sich unfähig, angemessen auf die unverhältnismäßige Gewalt der israelischen Armee zu reagieren. Die allzu vagen Reaktionen sind unzureichend.

Keine Frage, Israel darf sich gegen Angriffe der von Teheran gesteuerten Hisbollah verteidigen. Doch geriert sich die von Rechtsextremisten durchsetzte und Regionalmachtstreben erfasste Regierung in Jerusalem wie ein Aggressor, dem menschliches Leid gleichgültig ist. Kollateralschäden? Hat sie schon in Gaza und in Israel bei all den Bombardements gänzlich untergeht. Vor einer „Globalisierung der Gleichgültigkeit“ hat Papst Leo XIV. an Ostern gewarnt. Regierung und Öffentlichkeit hierzulande sollten sich davon besonders angesprochen fühlen.

Die bedrückendste Erkenntnis ist jedoch, dass die humanitäre Katastrophe mit etlichen tausend getöteten Zivilisten und Hunderttausenden Vertriebenen im Libanon, im Iran und – klar weniger – in Israel bei all den Bombardements gänzlich untergeht. Vor einer „Globalisierung der Gleichgültigkeit“ hat Papst Leo XIV. an Ostern gewarnt. Regierung und Öffentlichkeit hierzulande sollten sich davon besonders angesprochen fühlen.

Spedition Betz International vor dem Aus

140 Beschäftigte blicken nach der Insolvenz von Betz International in eine ungewisse Zukunft.

TÜBINGEN. Die Spedition Betz International aus Sonnenbühl (Kreis Reutlingen) mit ihren 140 Beschäftigten ist in finanzielle Schieflage geraten. Das mittelständische Unternehmen meldete am Dienstag beim Amtsgericht Tübingen Insolvenz an, wie aus der Bekanntmachung hervorging. Für das Verfahren wurde der Rechtsanwalt Dirk Poff vom Gericht zum vorläufigen Insolvenzverwalter bestellt. Poff sagte der „Bild“-Zeitung: „Wir prüfen, wie das Unternehmen weitergeführt werden kann. Ziel ist es, so viele Arbeitsplätze wie möglich zu erhalten. Es haben sich schon Interessenten gemeldet.“

Mit dem Insolvenzantrag reagierte Betz International dem Bericht zufolge indes auf eine Kombination aus konjunktureller Schwäche und beispielloser Kostenexplosion im Logistiksektor. lsw

Entwicklungshilfe stark geschrumpft – weltweit

Deutschland verfehlt Finanzierungsziel der Vereinten Nationen. Ausgaben liegen um fünf Milliarden Euro niedriger als im Vorjahr.

BERLIN. Die jährliche internationale Bilanz der Entwicklungsausgaben fällt für Deutschland schlecht aus. Die Bundesrepublik verfehlt das UN-Finanzierungsziel für Entwicklungszusammenarbeit erneut deutlich. Nach vorläufigen Berechnungen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) stellte Deutschland im vergangenen Jahr rund 0,56 Prozent seiner Wirtschaftsleistung zur Unterstützung ärmerer Länder bereit.

Mit etwa 26 Milliarden Euro lagen die Entwicklungsausgaben um rund fünf Milliarden Euro niedriger als im Vorjahr, wie das Entwicklungsministerium mitteilte. Damit verfehlt Deutschland wie im Vorjahr das international vereinbarte Ziel, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit bereitzustellen. Hinzu kommt: Ohne Berücksichtigung der Ausgaben für Flüchtlinge im Inland liegt

die deutsche Quote nur bei 0,46 Prozent. „Trotz schmerzhafter Einsparungen stehen wir zu unserer internationalen Verantwortung“, bekräftigte Entwicklungsministerin Reem Alabali Radovan (SPD).

Im internationalen Vergleich lag Deutschland gemessen an seiner Wirtschaftskraft auf Platz sechs hinter Norwegen (1,03 Prozent), Luxemburg (0,99 Prozent), Schweden (0,85 Prozent), Dänemark (0,72 Prozent) und Niederlande (0,58 Prozent). Auf der anderen Seite ist Deutschland in absoluten Zahlen der größte Geber und überholte damit erstmals die USA.

Die Entwicklungsorganisation Oxfam rief die Bundesregierung auf, nicht weiter zu kürzen. „Während geopolitische Krisen und Kriege Armut und Ungleichheit weltweit eskalieren, stehen durch die Kürzungen zusätzliche Menschenleben auf dem Spiel“, warnte Vorständin Charlotte Becker. KNA

In Stuttgart fallen Flüge aus

STUTTGART. Vom Streik der Flugbegleiter bei der Lufthansa ist auch der Flughafen Stuttgart betroffen. Für diesen Freitag wurden vier Flüge jeweils von und nach München abgesagt, und vier Flüge jeweils von und nach Frankfurt, teilte eine Sprecherin mit. Reisende sollten den Status ihres Fluges online prüfen oder sich mit Airline oder Reiseveranstalter in Verbindung setzen.

Die Flugbegleiter sind laut Gewerkschaft Ufo von 00.01 Uhr an bis 22 Uhr zum Ausstand auferufen. Bestreikt werden alle Abflüge der Lufthansa von den Flughäfen Frankfurt und München, zudem alle Abflüge der Lufthansa CityLine von Stuttgart, München, Hamburg, Bremen, Frankfurt, Köln, Düsseldorf, Berlin und Hannover. lsw

